

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömking, Marc Bernhard, Stephan Brandner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/20078 –**

Pharmazeutische Forschung und Entwicklung in Deutschland national verankern und krisenfest machen

A. Problem

Die zur Entwicklung von Impfstoffen gegen den neuen Erreger SARS-CoV-2 bewilligten Mittel fließen über die internationale Impfstoff Initiative „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI) hauptsächlich in das Ausland. Derzeit gehen 90 Prozent der von Deutschland aufgebrachten Forschungsgelder an ausländische beziehungsweise internationale Firmen und Projekte. Deutsche Entwicklungsfirmen erhalten nach Angaben der Fraktion der AfD aktuell lediglich 15,3 Millionen US-Dollar.

B. Lösung

Ein im Vergleich zu anderen Ländern erschwerter Zugang zu Risikokapital, immense bürokratischer Hürden und eine seit Jahrzehnten fehlgeleitete Arzneimittelpolitik haben nach Ansicht der Fraktion der AfD dazu geführt, dass hochinnovative biotechnologische Entwicklungs- und Produktionsprozesse aus Deutschland, das einmal die Apotheke der Welt gewesen sei, ins Ausland verlagert worden seien. Die derzeitige Grundförderung der CEPI mit 90 Millionen Euro soll auf ein Volumen von 50 Millionen Euro reduziert werden. Freiwerdende Gelder sollen dann künftig ausschließlich für deutsche Firmen und Forschungseinrichtungen bereitgestellt werden. Zusätzlich sollen die Mittel für nationale Hersteller erhöht werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 19/20078.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20078 abzulehnen.

Berlin, den 25. November 2020

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Dr. Ernst Dieter Rossmann
Vorsitzender

Andreas Steier
Berichterstatter

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Mario Brandenburg (Südpfalz)
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Steier, René Röspe, Dr. Götz Frömming, Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Petra Sitte und Kai Gehring

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20078** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie und an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Durch den neuartigen Erreger SARS-CoV-2 und das durch ihn ausgelöste Krankheitsbild COVID-19 zeigt sich nach Ansicht der Fraktion der AfD akut die gesundheitspolitische Bedeutung von Forschung und Entwicklung, speziell im pharmazeutischen und biomedizinischen Sektor. Der Bedarf an wissenschaftlich begründeten Konzepten, die eine nachhaltige und wirksame Prävention, Diagnostik und Therapie auf nationaler Ebene ermöglichen würden, sei daher existenziell. In diesem Kontext habe der Bundestag am 11. März 2020 in einem ersten Schritt beschlossen, außerplanmäßig 145 Millionen Euro zur Forschungsintensivierung bereitzustellen.

Allerdings würden die bewilligten Mittel größtenteils über das Bundesforschungsministerium zu der 2017 ins Leben gerufenen internationalen Impfstoff-Initiative „Coalition for Epidemic Preparedness Innovations“ (CEPI) fließen. Dabei handele es sich um eine öffentlich-private Partnerschaft zur Beschleunigung der Impfstoffentwicklung gegen aufkommende Infektionskrankheiten, die durch die Bundesregierung eine jährliche Grundförderung von 90 Millionen Euro erfahre. Die bereitgestellten Mittel würden durch CEPI hauptsächlich auf Partner im Ausland verteilt. Deutsche Entwickler erhalten hätten aktuell lediglich 15,3 Millionen US-Dollar erhalten. Derzeit würden 90 Prozent der von Deutschland aufgebrachten Forschungsgelder in ausländische bzw. internationale Firmen und Projekte fließen (vgl. Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf die Schriftliche Frage 99 des Abgeordneten Dr. Götz Frömming, auf Bundestagsdrucksache 19/18770).

Deutschland sei einmal die Apotheke der Welt gewesen. Ein im Vergleich zu anderen Ländern erschwerter Zugang zu Risikokapital, der gleichzeitige Aufbau immenser, bürokratischer Hürden und eine seit Jahrzehnten fehlgeleitete Arzneimittelpolitik hätten in der Vergangenheit jedoch konsequent dazu beigetragen, dass hoch innovative, biotechnologische Entwicklungs- und Produktionsprozesse, wie die Insulinproduktion, ins Ausland verlagert worden seien. Zugleich hätten sich viele kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) der Pharmabranche in einem forschungsfeindlichen Umfeld häufig dazu gezwungen gesehen, ihre Innovationen zu Tiefpreisen an ausländische Investoren abzutreten.

Der Zugang für die erforderliche Forschungsförderung wird in vielen Fällen durch die von der Europäischen Union (EU) errichteten bürokratischen Hürden erschwert. Zudem würden kleinere Unternehmen bei der Beantragung der Fördermittel häufig vor einer unlösbaren Aufgabe stehen, da sie zumeist über keine eigenen Abteilungen für die Bearbeitung der Fördermittelanträge verfügen würden. Entsprechend profitieren würden oftmals Großunternehmen. Daher seien gerade KMU für ihre Forschung und Entwicklung auf Fördermittel des Bundes angewiesen, um ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch die Versorgungsmöglichkeiten des Gesundheitssystems mit geeigneten Wirkstoffen zu sichern.

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) habe in ihrem aktuellen EFI-Gutachten 2020 auf die Defizite der deutschen Forschungsförderung hingewiesen. Im internationalen Vergleich liege Deutschland im Bereich der forschungs- und entwicklungsintensiven Industrie mit einer Gründungsrate von unter vier Prozent auf dem letzten Platz von allen acht im Bericht berücksichtigten Ländern.

Die Fraktion der AfD fordert die Bundesregierung daher auf,

1. die derzeitige Grundförderung der internationalen Organisation CEPI mit 90 Millionen Euro unmittelbar auf ein Volumen von 50 Millionen Euro zu reduzieren. Die daraus freiwerdenden Gelder sollen dann künftig ausschließlich für deutsche Firmen (KMU) und Forschungseinrichtungen bereitgestellt werden;
2. die durch den Bund zusätzlich bewilligten Gelder von 145 Millionen Euro für die Erforschung von SARS-CoV-2 und COVID-19 und der damit verbundenen Entwicklung von Antikörpertest und Impfstoff vorrangig den nationalen Forschungseinrichtungen, insbesondere KMU, zur Verfügung zu stellen;
3. durch den Abbau bürokratischer Hürden innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für die pharmazeutische Forschung und Entwicklung zu schaffen, um Sprunginnovation und Weiterentwicklung zu ermöglichen und so den Standort Deutschland langfristig zu stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 19/20078 in seiner 96. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/20078 in seiner 119. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 19/20078 in seiner 59. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung. Gegenstand der Beratungen waren außerdem der von der Bundesregierung auf Drucksache 19/19310 als Unterrichtung vorgelegte Bundesbericht Forschung und Innovation 2020 und das ebenfalls von der Bundesregierung als Unterrichtung auf Drucksache 19/23070 vorgelegte Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2020, die zur Kenntnis genommen wurden.

Die **Bundesregierung** hebt hervor, dass Deutschland zu den führenden Innovationsnationen sowie zu den attraktivsten Wissenschaftsstandorten weltweit gehöre. Das Drei-Prozent-Ziel hätten Staat, Wirtschaft und Hochschulen zum dritten Mal in Folge übertroffen. Im Jahr 2019 habe Deutschland insgesamt 3,17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert, wodurch man bei den Forschungsausgaben zur Weltspitze gehöre. Die Anzahl der Beschäftigten in Forschung und Entwicklung sei innerhalb der letzten 13 Jahre um 50 Prozent gesteigert worden, sodass dieser Sektor im vergangenen Jahr 733.000 Beschäftigte gehabt habe. Um den Forschungsstandort Deutschland noch attraktiver zu machen, seien wichtige Maßnahmen zur Stärkung des Forschungs- und Innovationssystems auf den Weg gebracht worden. Mit der Einführung der steuerlichen Forschungszulage sei man einer langjährigen Empfehlung der EFI-Kommission nachgekommen. Auch habe die Agentur für Sprunginnovation ihre Arbeit aufgenommen. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation sei gerade mit Unterstützung der Regierungskoalition eine einzigartige Planungssicherheit für die Wissenschaft geschaffen worden, die es in vielen anderen Ländern der Welt so nicht gebe.

Durch die Stärke in Forschung und Innovation, die unter anderem durch die High-Tech-Strategie der Bundesregierung angetrieben worden sei, könne man nun in Zeiten der Pandemie auf die Forschung von vielen Forschungseinrichtungen und Unternehmen bauen. Die Bundesregierung führt beispielhaft das Unternehmen BioNTech an. Die Zwischenanalyse der Phase-III-Studie gebe die Zuversicht, dass bald ein Impfstoff mit hohem Wirkungsgrad zur Verfügung stehen werde. Die Fördermaßnahmen des BMBF hätten zu diesem Erfolg in der Frühphase des Unternehmens beitragen können. So seien für die Impfstoffentwicklung zunächst 750 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden und anschließend durch die Förderung von CEPI weitere 230 Millionen Euro.

Die **Fraktion der AfD** stellt fest, Deutschland sei mit einem Bruttoinlandsprodukt von fast 3,5 Billionen Euro nach wie vor die stärkste Volkswirtschaft in der EU und im europäischen Raum. Trotz der positiven Aktivitäten der Bundesregierung bestehe aufgrund einiger Indikatoren Anlass zur Sorge.

Die Gründungsrate, die der Indikator für die Regenerationskraft einer Volkswirtschaft sei, liege in Deutschland lediglich bei sieben Prozent. Zum Vergleich sei die Gründungsrate in Großbritannien doppelt so hoch (EFI-Bericht 2020, Seite 99). Ein Grund sich zurückzulehnen bestehe also nicht, insbesondere in den Bereichen Unternehmensausbau und Unternehmensneugründungen dürfe nicht nachgelassen werden, denn die Folgen der derzeitigen wirtschaftlichen Lage seien noch gar nicht abschätzbar.

Der Vergleich mit den anderen acht im EFI-Bericht untersuchten Ländern zeige, dass bezüglich der Gründungsrate Nachholbedarf bestehe. Deutschland habe eine Gründungsrate von unter vier Prozent, gehe aus dem EFI-Gutachten hervor.

In Bezug auf die aktuelle Situation hätte man früher reagieren müssen. Die Krise zeige, dass man die Lehren aus den Entwicklungen in Asien zu spät gezogen habe. Die asiatischen Länder seien zum Teil weitaus besser durch die Krise gekommen. Mit dem Antrag wolle man die nationale Impfstoffforschung stärken. Man befürworte, dass die Bundesregierung zwischenzeitlich nachgesteuert habe und 750 Millionen Euro für die nationale Impfstoffforschung zur Verfügung gestellt habe. Die internationale Zusammenarbeit von CEPI solle weiter fortbestehen. Dennoch müsse eine Ausgewogenheit hergestellt werden, da auch die anderen Länder auf ihre nationalen Ergebnisse achten würden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußert sich zustimmend zu den Anmerkungen der Bundesregierung bezüglich der hohen Forschungsdynamik in Deutschland. Dass der erste Corona-Impfstoff in Deutschland entwickelt worden sei, basiere nicht nur auf einer guten Infrastruktur, die über Jahre ausgebaut worden sei, sondern auch darauf, dass Deutschland für führende Wissenschaftler attraktiv sei und man so Spitzenköpfe der Wissenschaft gewonnen habe. Trotzdem dürfte man sich nicht ausruhen und müsse neue Felder identifizieren, auf denen noch Nachholbedarf bestehe. Dies sei eine Schlussfolgerung aus dem EFI-Bericht. Die Bundesregierung habe in den letzten Jahren im Bereich der Forschung investiert. So habe man von 2018 an 17,6 Milliarden Euro investiert und dies bis 2021 schrittweise auf 20,23 Milliarden Euro erhöht.

Die CDU/CSU-Fraktion benennt einige Bereiche, die besonders wichtig seien. Zunächst seien im Bereich Dateninfrastruktur die Forschungsmittel von 25 auf 55 Millionen Euro erhöht worden. Für die Agentur für Sprunginnovation erhöhe man die Mittel von 18 auf 49 Millionen Euro. Nicht zu vergessen seien die Investitionen in die Digitalisierung der Hochschulbildung und der Forschung an Fachhochschulen sowie die berufliche Bildung.

Die **Fraktion der FDP** gibt zu bedenken, dass die Impfstoffentwicklung nicht aufgrund der Infrastruktur so gut voran geschritten sei, sondern allein wegen der Impfstoffentwickler Dietmar Hopp und der Gebrüder Strüngmann. Eine staatliche Unterstützung habe es nicht gegeben. Das Thema Impfstoffentwicklung sei nicht wegen der Politik, sondern trotz der Politik so gut gelaufen.

Die Fraktion der FDP macht auf die Themen „Low Touch Economy“ und die durch Künstliche Intelligenz gesteuerte Industrieautomatisierung aufmerksam, deren Signifikanz durch Corona angewachsen sei. Eine aus dem Juni stammende Bitkom-Studie zeige, dass gerade einmal sechs Prozent der Mittelständler Künstliche Intelligenz einsetzen würden. 22 Prozent der Unternehmen würden die Nutzung planen, und 28 Prozent sähen die Künstliche Intelligenz sogar als eine Gefahr an. Damit Deutschland im digitalen Wettbewerb nicht zurückfalle, müsse im Bereich der Implementierung von Künstlicher Intelligenz in Unternehmen nachgebessert werden. Bezüglich des Innovationssystems hebt die Fraktion der FDP hervor, dass man bei allen drei Indikatoren nur beim Indikator für wissenschaftliche Veröffentlichungen vor Frankreich sei. Bei den Patentanmeldungen befinde man man hinter Schweden, dem Vereinigten Königreich, Frankreich sowie Südkorea und Japan. Bei den Gründungsraten in der Wissenswirtschaft sei man bei hochwertiger Technologie und Spitzentechnologie auf dem niedrigsten Stand.

Die **Fraktion der SPD** sieht die internationalen Vergleiche im Bereich von Gründungsraten und Gründungen in Unternehmen als spannend an. Allerdings müsse doch genauer hingeschaut werden, wie die Situation in den einzelnen Ländern sei. Aus der doppelt so hohen Gründungsrate in Großbritannien ergebe sich, dass man dringend mehr Gründungen und Ausgründungen benötige. Auch wenn die industrielle Struktur in Großbritannien sicherlich nicht mehr vergleichbar sei mit der Struktur, die man mindestens in einigen Regionen Deutschlands habe, könne man die britische Gründungsrate als Maßstab nehmen.

Im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen benötige man weniger Gründungen und mehr Veränderung sowie Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen. Diese seien Rückgrat der Industrie. Bei der Digitalisierung benötige man noch Unterstützung, da man dort noch nicht ganz angekommen sei.

Modellprojekte der Kompetenzzentren 4.0 wie sie die Universität Siegen oder das Wirtschaftsministerium einsetzen würden, müssten unterstützt werden. Kleine und mittlere Unternehmen müssten bei der Umsetzung von Digitalisierung und Implementierung von Künstlicher Intelligenz deutlich besser werden.

Die **Fraktion DIE LINKE**. regt an, dass aus dem Bundesbericht Forschung und Innovation aus Verständnisgründen eine Art Beschluss- bzw. Schlussfolgerung erstellt werden solle. Sie wendet ein, dass der Bericht im Wesentlichen die Bundesebene beschreibe. Die Länderebene, die aber insbesondere im Kontext für die Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen wichtig sei, gehe in dem Bericht unter.

Die Defizite in der Forschungspolitik seien nach wie vor grundsätzlicher Natur. Das Gesamtsystem sei konkurrierend auf Exzellenz und Wettbewerb ausgerichtet. Daraus ergebe sich die Frage, wie das Programm begleitet werden könne. Man wünsche sich, kollaborative, multilaterale sowie kooperative Ansätze zu stärken. Im Kontext der Corona-Forschung habe man gesehen, wie schnell Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Lage gewesen seien, sich zu vernetzen.

Die Fraktion DIE LINKE. wirft der AfD-Fraktion vor, sich zum einen an Protesten von Corona-Leugnern und Impfgegnern zu beteiligen. Zum anderen wolle sie jedoch die Corona-Forschung stärker national fokussieren und die Zusammenarbeit mit anderen Staaten eher zurückfahren. Bei einer weltweiten Pandemie sei das bizarr. Diese Logik könne man nicht teilen. Im Bereich der Therapie und bei den Impfstoffen dürfe man nicht nur in nationalen Grenzen denken, sondern müsse auch auf die internationale Ebene gehen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, dass die Bundesrepublik als Innovationsland gut dastehe. Es sei jedoch innovationsfeindlich, wenn man sich auf dem Erreichten ausruhe. Nachdem das 3,5-Prozent-Ziel gesetzt sei, sei es dringend notwendig, nun einen Investitionsstufenplan für die nächsten Jahre zu entwickeln. Damit ein Mehrwert für Innovationsinvestitionen herauskomme, müsse man gleichzeitig die Entwicklung des BIP in dieser Zeit im Blick behalten. Auch wenn Deutschland ein starkes Innovationsland sei, brauche man einen erneuerten Innovationsbegriff. Dabei seien technologische Innovationen zwar ein Kern. Soziale Innovationen, ökologische Innovationen, ökonomische und digitale Innovationen müssten aber auch fokussiert werden. Die Ausfäherung des Begriffs helfe dabei sehr.

Bei den Themen Forschungsstandort und Innovationsstandort Deutschland dürfe nicht in den Hintergrund geraten, dass gerade die exzellente Forschung auch an Universitäten stattfinde. Er gibt zu bedenken, dass der Fokus zu sehr auf die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gerichtet werde. In diesem Zusammenspiel entstehe dann wirklich Neues und Richtungsweisendes.

Damit man keine Innovationspotentiale verschenke, benötige exzellente Forschung nicht nur verlässliche Karriereperspektiven, sondern auch Diversity sowie eine gleichberechtigte Teilhabe aller Talente.

Der Forschungsatlas Deutschlands erfordere es, dass der Fokus auf strukturschwächere Regionen, in denen noch zu wenig Forschung stattfinde, gerichtet werden müsse. Auch das Thema Internationalisierung müsse aufgegriffen werden. Man brauche eine Innovationskultur, die Offenheit und Neugierde in Wissenschaftsfreiheit mit sich bringe.

Die **Bundesregierung** zeigt sich irritiert über den Antrag der AfD-Fraktion. Die AfD-Fraktion fordere eine Kürzung der Mittel um 50 Millionen Euro für die internationale CEPI Organisation, um dieses dann Deutschen zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung sehe die Corona-Pandemie jedoch als eine Menschheitsherausforderung an, bei der man natürlich das nationale Know-how einbringen müsse. Es sei allerdings vermessen zu glauben, dies nur auf nationalen Wege hinzubekommen. Um diese nationale und internationale Anstrengung bewältigen zu können, seien erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt worden und Forschungen auf den Weg gebracht worden.

Die Bundesregierung widerspricht der Ansicht der FDP-Fraktion, die erwähnt habe, dass die Impfstoffentwicklung bei BioNTech nicht wegen sondern trotz der Politik zustande gekommen sei. Sie teile diese Ansicht in keiner Hinsicht. Die Politik schaffe die Rahmenbedingungen, aber der erfolgreiche Weg komme letztlich zustande, weil

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Konsequenz, Disziplin, Neugierde gehabt hätten und an den Fragen dran geblieben seien.

Diese Rahmenbedingungen seien hilfreich gewesen, insbesondere die Unterstützung des Unternehmen BioNTech in der ersten Gründungsphase mit der Fördermaßnahme GO-Bio. Dies habe ein Gespräch mit dem CEO von BioNTech ergeben. Dieser habe bekundet, dass die Entwicklung von BioNTech überhaupt nur durch die frühzeitige Unterstützung der Bundesregierung, also den Haushaltsgesetzgeber, möglich gewesen sei. BioNTech sei in der frühen Phase mit viereinhalb Millionen Euro im Rahmen der Fördermaßnahme GO-Bio gefördert worden.

BioNTech sei anschließend nach der Förderung, die zu dem Exzellenzstempel beigetragen habe, mit dem Cluster für individualisierte Immunintervention im Rahmen des Spitzenclusterwettbewerb von 2012 bis 2017 gefördert worden. Insgesamt sei das eine Größenordnung von rund 50 Millionen Euro gewesen.

Mit der Programmfamilie „Unternehmen Region“ habe man gezeigt, dass man Veränderungsprozesse und Transformationsprozesse in einem bemerkenswerten Ausmaß anstoßen oder unterstützen könne. Seit 1999 seien rund zwei Milliarden Euro in den neuen Bundesländern investiert worden. Es habe 600 regionale Innovationsbündnisse gegeben und 500 Vorhaben. Derzeit würden 2020 von drei Programmen partnerschaftliche Innovationszentren für Innovationskompetenz und innovative regionale Wachstumskerne laufen. Dadurch habe man trotz struktureller Nachteile Wachstumsinnovationskerne bilden können.

Die neue im Aufbau befindliche Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel“ werde jetzt auf den Weg gebracht werden und richte sich an alle strukturschwachen Regionen in ganz Deutschland. Geplant sei, diesen Bereich bis 2024 mit rund 600 Millionen Euro zu unterstützen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt hervor, dass Wissenschaft und Innovation vor allem gute und verlässliche, langfristig angelegte Rahmenbedingungen benötigten. Es nutze nichts, permanent Neues zu gestalten. Die langfristig angelegten Entwicklungsstrukturen würden sich in der Hightech-Strategie, dem Exzellenzclusterwettbewerb sowie im Pakt für Forschung und Innovation widerspiegeln.

Gute Innovationsfaktoren würden sich aus einer Kombination aus Patenten, Gründungen, Neugründungen, aber auch Wachstum und Publikationen zusammensetzen. Nur in deren Kombination könne ein sinnvolles Gesamtbild entstehen.

Die Unterstützung von BioNTech durch die Bundesregierung in den Jahren 2007 bis 2017 habe die Grundlage für die jetzige Forschungsarbeit gelegt. Ohne eine entsprechende Förderung stünde heute die Messenger-RNA-Plattform nicht zur Verfügung.

Man habe in Sachen Therapeutika nicht so viel getan wie bei der Impfstoffentwicklung. Aber bei SARS-CoV-2 handele es sich um einen Virus und nicht um Bakterien. Bei Bakterien könne man, weil sie eine Vermehrung aus sich selbst heraus durchführen würden, nur in Kenntnis des Bakteriums Mechanismen entwickeln, um diese zu zerstören. Der Virus bediene sich des Organismus, um sich zu vermehren. Deswegen scheidet eine solche ursächliche Vorgehensweise aus. Das Einzige, was man für die Entwicklung eines Therapeutikums momentan tun könne, sei die Krankheitsverläufe zu beobachten und zu schauen, wie man dem Körper bei der Abwehr des Virus helfen könne. Insofern könne man bei der Entwicklung der Therapeutika nie schneller sein, als die Krankheit selbst. Für die Impfstoffentwicklung benötige man ausschließlich das Virus. Seitdem die Forscher dieses hätten, würden sie an einem Impfstoff forschen. Die Bundesregierung habe dies deutlich unterstützt.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, dass die Krise gezeigt habe, dass vor allem die Nationalstaaten gehandelt hätten. Bei der Impfstoffbeschaffung hätten sich die reichen Industrienationen zunächst einmal selbst den Impfstoff gesichert. Die Verteilung des Impfstoffs an ärmere Länder dürfe nicht in den Hintergrund geraten und sei eine wichtige ethische Frage.

Die Politik von CEPI sei undurchsichtig. CEPI finanziere sich durch den Staat und die Steuerzahler und nutze dieses Geld nicht nur für die Forschung, sondern auch für die Entwicklung. Ärzte ohne Grenzen habe zu Recht die Frage gestellt, wie es denn sein könne, dass der Steuerzahler sozusagen doppelt zahlen müsse. Einmal, indem das Steuergeld an CEPI gehe, mit dem er am Ende möglicherweise teure Medikamente zahlen müsse. Es fehle eine Preisgarantie sowie verbindliche Absprachen, insbesondere hinsichtlich der Verteilung möglicher Impfstoffe. Unter Berücksichtigung, dass CEPI Steuergelder zur Verfügung gestellt würden, erkundigt er sich, ob man dann dem Vertragspartner nicht doch noch etwas genauere Auflagen machen müsse. Aus diesem Grund sei man bei

CEPI bei dem derzeitigen Stand zurückhaltend. Auch wenn man eine internationale Zusammenarbeit befürworte, so müsse jedoch der Fokus auf nationale Projekte gelegt werden.

Die **Fraktion der SPD** findet den EFI-Bericht bezüglich der internationalen Vergleiche zur Hochschulbildung interessant. China habe zwar allein sieben Millionen Hochschulabsolventen pro Jahr, von denen allerdings viele Probleme gehabt hätten, eine qualifizierte Beschäftigung zu finden. Auf Seite 59 des EFI-Berichts werde international der Anteil der Hochschulabsolventinnen gemessen an der Bevölkerung pro Jahr in Prozent verglichen. Deutschland schneide im Vergleich zu den anderen entwickelten führenden Ländern, die aber auch ein anderes System hätten, schlechter ab. Der EFI-Bericht habe ergeben, dass der Anteil derer, die Weiterbildungsangebote nutzen würden, in Deutschland zurückgehe. Dies sei ein gefährlicher Befund, dem man entgegenwirken müsse.

Die Fraktion der SPD teilt die Meinung der Bundesregierung, dass man jahrzehntlang in Deutschland Virusforschung als Nischenforschung betrieben habe und man heute davon profitieren könne. Eine Impfstoffentwicklung ins Blaue hinein sei jedoch nicht möglich. Man könne erst aktiv werden, wenn man die Bedrohung, also das Virus, im Wesentlichen kenne. Ein globaler Ansatz sei dabei unverzichtbar. Selbst wenn man sich vor 15 Jahre bei der Impfstoffforschung für die Vogelgrippe global vernetzt hätte, hätte man bei der jetzigen Pandemie nicht früher Forschungsergebnisse erzielen können. Deswegen müsse der Antrag der AfD-Fraktion zurückgewiesen werden.

Die **Fraktion der FDP** verweist auf Dutzende Statements von Fraunhofer-Ausgründungen, die alle über die extrem massiven Beteiligungsforderungen und die hohen „Intellectual Property“-Ablösungen klagen würden. Als Beispiel erwähnt er das Start-Up „Oqmented“, welches für 22,5 Prozent der Anteile 1,5 Millionen Euro an Fraunhofer zahlen müssen. Die Patente könne das Unternehmen für zehn Millionen Euro erwerben. Er fragt diesbezüglich, wann Fraunhofer dem BMBF einen „Code of Conduct“ vorlege.

Die **Fraktion DIE LINKE** interessiert sich dafür, ob die Bundesregierung gedenke, nach den Erfahrungen um Corona methodisch, inhaltlich und schließlich finanziell die Antibiotikaforschung zu stärken. Denn man habe den Hinweis von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, dass man im Bereich der Forschung an Antibiotikaresistenzen noch wesentlich aktiver werden müsse. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich große Pharmafirmen von diesen Entwicklungen nicht besonderen Erfolg versprechen würden. Für die Phagenforschung benötige man Kapital. Auch die Zoonosenforschung müsse weiterhin gestärkt werden, da hier Personalmittel fehlen würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** fordert, dass CEPI strategisch noch gestärkt werden müsse, denn die Impfstoffforschung und Entwicklung müsse in einer vernetzten Welt national, europäisch und international stattfinden. Auch nach Corona dürfe die Unterstützung von CEPI nicht nachlassen, weil Pandemien auch immer international bekämpft werden müssten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, im Bereich der Ausgründungen müsse berücksichtigt werden, dass man zum einen öffentlich geförderte Forschungsgemeinschaften habe und zum anderen das Massachusetts Institute of Technology in den USA, welches privatwirtschaftlich agiere und auch andere Freiräume habe. Dies betreffe zum Beispiel das Beihilferecht sowie das Gemeinnützigkeitsrecht.

Wenn man Vergleiche bei Patenten mache, dann dürfe man nicht allein arithmetisch an die Zahlen rangehen, sondern müsse auch wirklich schauen, welche Patente in welchen Ländern auch entsprechend angeregt und auch freigegeben worden seien. 85 Prozent der Patente, die zum Beispiel bei der Fraunhofer-Gemeinschaft entsprechend patentiert worden seien, seien bisher nicht genutzt worden. Daraus könne man schlussfolgern, dass ein Patent nicht unbedingt einen Markt hinter sich habe. Das heiße allerdings, dass es nun erforderlich sei, dass diese Ideen an den Markt geführt werden. Eine Dynamik könne nur erzeugt werden, wenn der Pakt für Forschung und Innovation entsprechend die Cluster schaffe, dass aus diesem Vorteil weiter Ideen entwickelt werden könnten. Die Bundesregierung habe sich diesbezüglich auf ein Clusters4Future bezogen, welches im regionalen Bereich die Akteure zusammenführe, um aus den Ideen ein Geschäftsmodell zu entwickeln.

Die **Bundesregierung** erklärt, im Bereich CEPI sehe es so aus, dass das Bundesministerium für Gesundheit entsprechende Absichtserklärungen über die Bereitstellung von Impfstoffdosen für die deutsche Bevölkerung abgeschlossen habe. Im Übrigen hätten sich die Unternehmen bereit erklärt, ihre Impfstoffe bei entsprechender Nachfrage auch weltweit zu vermarkten. Die Bundesregierung sei in das Netzwerk mit eingebunden, in dem sie einerseits CEPI fördere, aber gleichzeitig auch COVAX, ein spezielles Programm für die globale Impfstoffversorgung, welches den ACT Accelerator einsetze, beigetreten sei. Deutschland sei nach Großbritannien der zweitgrößte Finanzgeber.

Durch die Förderung der Gründungsinitiative „StartUpSecure“ sei die Anzahl und die Qualität von technologieorientierten Neugründungen im Bereich der IT-Sicherheit erheblich nach vorne gebracht worden. Seit Gründung der Initiative im Dezember 2017 seien bereits 34 Gründungsprojekte gestartet oder befänden sich in der Bewilligung.

Berlin, den 25. November 2020

Andreas Steier
Berichterstatter

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Mario Brandenburg (Südpfalz)
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Kai Gehring
Berichterstatter

